DER SPIEGEL
Das deutsche Nachrichten-Magazin

Leitartikel

Partner und Gegner zugleich

Warum der SPIEGEL weitere geheime Dokumente über die NSA-Affäre enthüllt

Das Verhältnis Deutschlands zu den USA in Zeiten der NSA-Affäre gleicht dem Ritt auf einer Schiffschaukel: Aus luftigen Höhen geht es atemberaubend in die Tiefe. Im Sommer vergangenen Jahres, als die ersten Snowden-Enthüllungen bekannt wurden, erklärte die Regierung Merkel die Affäre schon für beendet, bevor sie ihre Wucht entfaltete. Im Herbst aber, als bekannt wurde, das private Handy der Bundeskanzlerin sei überwacht worden, erreichte das Verhältnis einen Tiefpunkt. Nun war von Konsequenzen die Rede, von einem anderen Umgang unter Verbündeten.

Dann reiste die Kanzlerin nach Washington, und wieder kehrte Friede ein. Seither würden Transatlantiker wie Sicherheitsbehörden am liebsten zum normalen Geschäft übergehen, bei dem die Aufgaben verteilt sind: Die NSA ist der omnipotente Weltgeheimdienst, die Deutschen sind der verständnisvolle, hilfreiche Bündnispartner. Diese Arbeitsteilung aus der Ära vor Edward Snowden war damals schon nicht richtig. Heute aber ist sie fahrlässig.

Der SPIEGEL veröffentlicht mit dieser Ausgabe eine Reihe zentraler Dokumente, aus denen hervorgeht, wie die NSA in Deutschland operiert und wie eng sie mit dem Bundesnachrichtendienst zusammenarbeitet. Das Material aus Snowdens Bestand zeigt, dass Deutschland für die NSA der wichtigste Standort auf dem europäischen Festland ist.

In der amerikanischen Botschaft stehen die Antennen, mit denen das Regierungsviertel abgehört werden kann. Im hessischen Griesheim liegt die Europazentrale der NSA. Dort sieben die Amerikaner aus dem täglichen Strom an europäischen und afrikanischen Daten, an Mails und Telefongesprächen verwertbare Informationen heraus, denn die Interessen der USA sind vielfältig und reichen weit – von den Islamisten im Jemen bis hin zur Bundeskanzlerin in Berlin.

Die NSA ist nicht nur ein Geheimdienst, sondern ein machtpolitisches Instrument zur Sicherung der „informationellen Vorherrschaft für Amerika“, so hat es einst der NSA-Chef Kenneth Minihan formuliert. Sie zielt nicht nur auf Terroristen oder Regierungschefs. Ins Netz geraten auch die Bürger in Deutschland, deren E-Mails oder SMS durch die Rechner des Geheimdienstes laufen.

Spionage-Karikatur*: Mithören, mitlesen

Die Bundesregierung hat die Selbstherrlichkeit der Weltmacht lange hingenommen. Sie hat manches geahnt, vieles verdrängt und einiges über die Allgegenwart der NSA gewusst, weil der Bundesnachrichtendienst bei den Operationen mitmischt. Dass der BND mit der NSA intensiv kooperiert, nicht nur bei der Terrorbekämpfung, sondern auch bei der unterschiedslosen Massenüberwachung globaler Kommunikationsströme, belegen die neuen Snowden-Dokumente. Die Deutschen sind Partner und Gegner zugleich.

Die Bundeskanzlerin hat einen Amtseid auf das Grundgesetz geschworen. Spionage gegen Deutschland ist nach dem Strafgesetz verboten. Die Grundrechte der Bürger sind also keine flexible Größe, abhängig davon, wie es um das Verhältnis Deutschlands zu den USA gerade bestellt sein mag. Entweder haben die amerikanische und die deutsche Regierung miteinander abgestimmt, was die NSA in Griesheim, Wiesbaden, Berlin, Frankfurt und Stuttgart tun darf – dann müssen die Kanzlerin und ihr Innenminister die Öffentlichkeit darüber informieren, denn beide trügen damit Mitverantwortung für die Handlungen der Amerikaner, die offenbar in Deutschland gewonnene Daten für das Töten mutmaßlicher Terroristen nutzen.

Oder aber die NSA geht auf deutschem Boden ohne Wissen und Billigung der Bundesregierung vor. Dann kommen ihre Operationen der Spionage gleich, und dagegen muss die Regierung, wie in anderen Fällen auch, vorgehen.

Die Veröffentlichung der geheimen Dokumente in diesem SPIEGEL liegt auch im Interesse der Bundesregierung. Sie hat sich in Washington um das Deutschlanddossier der NSA bemüht. Vergeblich. Auch deshalb haben Sicherheitsbehörden und Parlamentarier den SPIEGEL um Einsicht in die Snowden-Dokumente gebeten. Journalisten sind aber zuerst und zuletzt der Aufklärung verpflichtet, und die Öffentlichkeit erwartet zu Recht, dass sie davon in Kenntnis gesetzt wird, was die NSA treibt und treiben darf.

Der Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland kann es nur guttun, wenn sie von Pathos befreit wird. Manche Interessen der Verbündeten decken sich, andere nicht. Im Zweifelsfall aber sollte die deutsche Regierung auf der Seite der Überwachten stehen, nicht auf jener der Überwacher.

* Graffito in der Nähe des britischen Abhördienstes GCHQ in Cheltenham.

FOTO: EDDIE KEOGH / REUTERS